

Unmut über SRF wegen Kampfjet-Beiträgen

Ein Bericht des Schweizer Fernsehens über die Beschaffung des F-35-Jets habe die «Meinungsbildung verfälscht» – so das Urteil der Ombudsstelle. Auch ein Radiobeitrag über ein angebliches bürgerliches Komitee gegen den F-35 führt jetzt zu Beschwerden.

Francesco Benini

Unter bürgerlichen Politikern im Bundesparlament wächst der Unmut über das Schweizer Fernsehen. Grund sind Beiträge über die geplante Beschaffung des amerikanischen Kampfjets F-35.

Anfang Februar strahlte die «Rundschau» eine Recherche über die Evaluation der Jets aus; es ging dabei um Kriegsszenarien, die bei der Prüfung der Flugzeuge wichtig waren.

Bei der Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz gingen 130 Beanstandungen des Beitrags ein. Vor drei Tagen entschied die Beschwerdeinstanz: Durch den



Der Kampfjet F-35. Der Bundesrat will ihn beschaffen. Bild: AP

Aufbau der Sendung sei die «Meinungsbildung verfälscht worden». Es liege ein «Verstoss gegen die Sachgerechtigkeit» vor.

Nur einen Tag nach der Beanstandung strahlte die Sendung «Rendez-vous» von Radio SRF einen Beitrag zum F-35 aus. Es gebe nun ein bürgerliches Komitee gegen die Beschaffung dieses Jets, meldete der Journalist.

Diesem Komitee gehören der ehemalige Offizier Beat Meier und ein Privatpilot an. Sie behaupten, dass sich auch zehn bürgerliche National- und Ständeräte der Gruppe angeschlossen hätten. Diese Politiker wollten aber anonym bleiben.

Auf Anfrage erklärt Meier, dass es nicht Aufgabe des Komitees sei, Politiker zu nennen, die nur unter dem Vorbehalt der Geheimhaltung mitmachen. «In unserer Demokratie ist es offenbar nicht mehr möglich, freie Meinungsäusserung zu praktizieren, wenn jemand sich gegen die Obrigkeit des VBS stellt.»

Die bürgerlichen Politiker wollen sich also offenbar nicht zu erkennen geben, weil sie die Reaktion des Verteidigungsdepartements fürchten. Der Radiobeitrag über das Komitee dauerte vier Minuten – das ist lange, wenn man bedenkt, dass die Gruppe vielleicht ein Phantom ist.

Warum berichtet SRF ausführlich über ein obskures Komitee? Die Medienstelle will nichts dazu sagen – weil bei der Ombudsstelle gegen den Beitrag Beschwerden eingegangen sind. Das Schweizer Fernsehen wird nun eine Stellungnahme verfassen.

Der Präsident der FDP, Ständerat Thierry Burkart, findet, dass das Schweizer Fernsehen

erneut die Sorgfaltspflicht verletzt habe. «Ich kenne bislang keine bürgerlichen Parlamentarier oder Parlamentarierinnen, die gegen den F-35 sind», sagt Burkart. «Für mich ist klar, dass hier eine Kampagne des SRF gegen die Beschaffung des F-35

läuft.» Dem journalistischen Qualitätsanspruch und dem Service-Public-Auftrag werde SRF damit in keiner Weise gerecht.

SVP-Ständerat Werner Salzmann erachtet es als «lächerlich», dass ein Komitee, das Transparenz bei der Beschaffung von Kampfjets fordere, keine Transparenz über die eigene Zusammensetzung biete.

Im Parlament finden einige Politiker: Die journalistische Qualität, die das Schweizer Fernsehen in den beiden kritisierten Beiträgen abgeliefert habe, nütze den Befürwortern der angekündigten Volksinitiative zur Kürzung der SRG-Haushaltabgabe.

Zoll: Militärjustiz muss Zuständigkeit im Einzelfall prüfen

Der Zollumbau läuft auf Hochtouren, doch die Gesetze fehlen noch – das hat Folgen.

Henry Habegger

Beim Schweizer Zoll, neu Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) genannt, ist die Verunsicherung in vielerlei Hinsicht weiterhin gross. Eine davon: Die Berufsbilder Zöllner und Grenzwachter werden verschmolzen. Zollangestellte fragen sich, ob sie nun wie die Grenzwachter der Militärjustiz unterstehen oder weiterhin dem zivilen Strafgesetzbuch.

Auf Fragen der SP-Nationalrätin Sarah Wyss (Präsidentin Zollgewerkschaft Garanto) und Barbara Gysi (Präsidentin Bundespersonal) beschied das zuständige Finanzdepartement (EFD) am letzten Montag: «Die als Zollfachleute ausgebildeten Mitarbeitenden unterstehen weiterhin der zivilen Gerichtsbarkeit. Für sie gibt es keine Änderungen.»

Auf eine Frage von Regula Rytz (Grüne) hielt das EFD zudem fest, dass die «rein organisatorische Zusammenführung der Einheiten Zoll und Grenzwachtkorps in den Direktionsbereich Operationen (...) keine Auswirkungen auf die strafrechtliche Unterstellung der Mitarbeitenden» habe.

Militärjustiz: «Müssen jeden Einzelfall prüfen»

So klar, wie EFD und Zoll behaupten, ist die Sache aber offensichtlich nicht. In einem Verfahren gegen einen Grenzwachter, der mehrere Schüsse auf ein Fahrzeug abgegeben hatte, stellte das Militärkassationsgericht letztes Jahr fest: «Für die Zuständigkeit der Militärjustiz ist bei der gegenwärtigen Gesetzeslage an jene Funktionen anzuknüpfen, die unter den gesetzlichen Begriff des Grenzwachtkorps nach Art. 3 Abs. 1 Ziff. 6 Militärstrafgesetz fallen.

Amtsinterne Reorganisationen und Umbenennungen vermögen die von Gesetz- und Verordnungsgeber geschaffenen Zuständigkeiten so lange nicht zu ändern, als nicht ein modifiziertes Gesetz in Kraft getreten ist.»

Was das für die Mitarbeitenden des von Direktor Christian Bock persönlich geleiteten Bereichs Operationen heisst, sagt Georg Fritz, Mediensprecher der Militärjustiz: «Wir müssen in jedem Einzelfall prüfen, ob das Militärstrafgesetz zum Zug kommt oder nicht. Wenn die betroffene Person zum fraglichen Zeitpunkt Grenzschutz-Aufgaben ausführt, dann ist die Militärjustiz zuständig.» Es ist also nicht mehr so, dass nur unter die Militärgerichtsbarkeit fällt, wer mit «Grenzschutz» angeschrieben ist. Auf die konkrete Tätigkeit kommt es an.

So sah es Ende 2021 auch das Bundesstrafgericht, das in einem Zuständigkeitsstreit überprüfte, ob zwei Zoll-Angestellte «aufgrund der aktuellen Aktenlage» als Angehörige des Grenzwachtkorps zu gelten hatten oder nicht. Weiterer Zuständigkeitsstreit scheint wegen der unklaren Lage programmiert.

Diese unklare Lage entstand, weil der Zollumbau in vollem Gang ist, das zugehörige neue Zollgesetz aber fehlt. So ist das Grenzwachtkorps im Bereich Operationen unter Direktor Bock aufgegangen, einen eigenen Kommandanten hat es nicht mehr. Laut BAZG-Angaben vom Januar waren mehr als drei Viertel (in Vollzeitstellen: 3465 von insgesamt 4467) dem operativen Personal zuzuordnen. Die rechtlich unklare Situation wird anhalten, bis das umstrittene neue Zollgesetz in Kraft ist. Das dauert, der Bundesrat hat die Botschaft kürzlich auf später im Jahr verschoben.

ANZEIGE

4.90
Maggi Flüssig Würze

GALAXUS

... fast jede*n